## Entschließung

## des Nationalrates vom 10. Dezember 2009

betreffend diskriminierungsfreie Vergabe von öffentlichen Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs

- Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat ehest möglich entsprechende Gesetzesnovellierungen vorzulegen, mit denen sichergestellt wird, dass Direktvergaben von öffentlichen Dienstleistungen im Bereich des Eisenbahn-Personenverkehrs in Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 durch den Bund vor allem hinsichtlich tarifärer Begünstigungen diskriminierungsfrei erfolgen.
- 2. Die zuständigen Bundesminister werden ersucht, bis zum Inkrafttreten dieser gesetzlichen Bestimmungen bei der Bestellung von derartigen Leistungen die Nicht-Diskriminierung der in Betracht kommenden Vertragspartner sicherzustellen.